



**GEWERKSCHAFTSBUND
DES KANTONS ZUG**

GBZ-Info Nr. 49, November 2002

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Wegen einer Panne wurde das GBZ-Info Nr. 48 (September 2002) nicht gedruckt und ausgeliefert. Die noch aktuellen Teile sind in das vorliegende GBZ-Info Nr. 49 übernommen worden. Die Berichte über die Ladenöffnungszeiten haben wir aber weggelassen, zumal die ZugerInnen - zum zweiten Mal - **gegen eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten** gestimmt haben.

Die **Zuger Wahlen** haben für die Linken auf der einen Seite erfreuliche Resultate gebracht: Die gemeinsame Regierungsratsliste hat am meisten Stimmen gemacht! Auf der anderen Seite hat die Linke im Kantonsrat einen Sitz verloren. Diesen Sitzverlust und die Sitzgewinne der SVP bedeuten, dass der Zuger Kantonsrat deutlich nach rechts gerückt ist: Soziale und ökologische Anliegen werden es noch schwerer haben als bisher. Die politische Linke konnte leider nicht viel von der zunehmenden sozialen Polarisierung gewinnen. Folgende vom GBZ unterstützte KandidatInnen sind gewählt worden: **Hanspeter Uster** (VPOD) in den Regierungsrat; **Dolfi Müller** (VPOD) in den Zuger Stadtrat; **Simone Gschwind** (VPOD), **Urs E. Meier** (GBI), **Erna Staub** (GBI) und **Martin Stuber** (SMUV) in den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug; **Eric Frischknecht** (VPOD) in den Gemeinderat Hünenberg; **Othmar Birri** (SEV), **Josef Lang** (VPOD), **Dolfi Müller** (VPOD) und **Martin Stuber** (SMUV) in den Kantonsrat. Wir gratulieren ihnen und wünschen, dass sie die gewerkschaftlichen Anliegen weiterhin mittragen.

Die nächsten Abstimmungen stehen schon vor der Tür: Das von den Gewerkschaften lancierte Referendum **gegen eine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung** bietet wieder die Gelegenheit, deutlich Nein zum Sozialabbau auf Kosten der Schwächeren zu sagen. Die Gewerkschaften stimmen natürlich auch **Nein zur "Asylmissbrauch"-Initiative der SVP**, welche keine Probleme löst, sondern die Asylfrage dazu missbraucht, um fremdenfeindliche Politik zu machen.

Diesem GBZ-Info liegen auch die Unterschriftenbogen für zwei Zuger Initiativen bei, welche die **Krankenversicherung sozialer gestalten** möchten: **Bitte unterschreiben und zurückschicken!**

Mit kollegialen Grüßen

Bruno Bollinger, GBZ-Präsident

Zu den Abstimmungen vom 24. November 2002 empfiehlt der GBZ:

Revision Arbeitslosenversicherung:	Nein
"Asylmissbrauch"-Initiative:	Nein
Beitrag an die Swiss	Ja

*Leserbrief zur LehrerInnen Demonstration
aus der Zuger Presse vom 23. Juli 2002*

Lehrerproteste

**Dürfen Lehrer
demonstrieren?**

Seit die Lehrerschaft in Zug für ihre Anliegen auf die Strasse gegangen ist, hagelt es in Leserbriefen und Zeitungskommentaren Kritik. Da ist man/frau unisono der Ansicht, dass für eine solche Demonstration überhaupt kein Verständnis aufzubringen sei. Kein Klischee, kein Vorurteil gegenüber dieser Berufsgruppe ist den Schreibenden zu schade, um der Lehrerschaft mit «guten Tipps» wieder auf den «rechten» Weg zu helfen. Dass die Damen und Herren der wirtschaftsfreundlichen Parteien mit dem Hinweis auf die hohen Saläre und den sicheren Arbeitsplatz der Lehrer nicht nachvollziehen können, dass auch Lehrer sich wehren und von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen dürfen, überrascht mich als Gewerkschafter überhaupt nicht. Es ist und war noch nie ihre Stärke, Leute, die sich für ihre Anliegen einsetzen, zu verstehen – geschweige denn zu unterstützen.

Wenn mit dem Verweis auf andere Branchen, die Saläreinbussen, Arbeitsplatzabbau und mehr Stress hinnehmen müssen, der Lehrerschaft mehr **Disziplin empfohlen** wird, läutet es in meinen Ohren.

Wehe, die Bau- oder Industriearbeiter fangen an sich zu **wehren, dann** können es doch gerade diese Kreise nicht nachvollziehen, dass die doch so privilegierten Arbeiter in der Schweiz so unverschämte Forderungen aufstellen, wo es doch ihren Kollegen und Kolleginnen im Osten, in Afrika oder Asien viel schlechter geht.

Es ist auch bezeichnend, dass die Anliegen der Lehrerschaft auf Geld und Privilegien reduziert werden und man/frau sich nicht vorstellen kann, dass auch Lehrer aus Sorge um unsere Gemeinschaft und Zukunft handeln. Ob da wieder das Märchen vom faulen und habgierigen Beamten kultiviert wird?

Im Übrigen sind in meinen Augen solche Leserbriefe und Kommentare erst glaubwürdig, wenn die betreffenden Schreiber und Schreiberinnen sich mit der gleichen Schärfe gegen die Wirtschaftsegoisten äussern, die für Stellen- und Lohnabbau verantwortlich sind.

RUEDI AMREIN,
SMUV-PRÄSIDENT ZUG

*Ein Kommentar zur einer Stellungnahme der
Schlichtungsstelle für arbeitsrechtliche
Streitigkeiten in der Neuen Zuger Zeitung
vom 11. Juli 2002*

NACHGEFRAGT



**bei Bruno Bollinger,
Präsident Gewerkschaftsbund Zug**

Entwicklungsland

Die Gewerkschaften forderten ein eigentliches Arbeitsgericht. Wir fragten Bruno Bollinger nach seiner Einschätzung zur Schlichtungsstelle für arbeitsrechtliche Streitigkeiten.

Wie beurteilen Sie die Schlichtungsstelle, die auch Gewerkschaftsvertreter zulässt, nach einem halben Jahr?

Bruno Bollinger: Meine Kritik gegen eine Schlichtungsstelle hat mit ihrer Tätigkeit nichts zu tun. Zug galt ja als Entwicklungsland bezüglich Arbeitsgerichte. Die Teilnahmemöglichkeit von Gewerkschaftern ist ein Fortschritt. Aus ändern Kantonen weiss ich, dass Streitigkeiten oft erledigt sind, wenn ein Gewerkschafter die Rechtslage klar macht.

Was lässt sich nicht schlichten?

Bollinger: Wenn Abmachungen oder der GAV nicht eingehalten werden, gibt es keine Kompromisse.

Sie kritisieren auch die Schlichter.

Bollinger: Ich stelle immer wieder fest, dass im Kanton Zug die bürgerliche Seite bevorzugt wird. Ich bin für eine paritätische Zusammensetzung. Meine Kritik hat mit der Person und der Qualifikation der eingesetzten Schlichter nichts zu tun. JJA

Diese Stellungnahme ist in der Neuen Zuger Zeitung vom 13. August 2002, in der Zuger Presse vom 14. August 2002 und in der Zuger Woche vom 13. August 2002 erschienen.

Liberalisierung bringt nur Vorteile für die Grossen

"Aktien sind Öl, Löhne Sand im Getriebe der Wirtschaft", diese glorreiche Aussage war eine jener Ebner-"Visionen", die mit der Ideologie des Shareholder Value (auf gut Deutsch: "weniger Mitarbeiter = mehr Wert") viele Unternehmer unter Druck setzten, denn "gute" Betriebe mussten eine Eigenrendite von über 15% haben. Rationalisierungen und Arbeitsplatzabbau waren die Folge. Dem Volk wurde das mit der Behauptung schmackhaft gemacht: Geht es den Kapitalbesitzenden gut, dann geht es allen gut! Zahlen der Bank Vontobel zeigen nun, wie sich dies ausgewirkt hat: Seit 1991 sind die Löhne um ganze 1% gestiegen; in der gleichen Zeit sind die Dividenden um 215% gewachsen. Also viel Öl und weniger Sand. Und zu was hat das geführt? Die Mehrwert produzierenden Menschen sind abgebaut und wegrationalisiert worden und die Börse flaut ab... Denn es ist immer noch so: Nicht die Aktien schaffen Mehrwert, sondern die Arbeitenden, die in Büro und Fabrik Dienstleistungen und Produkte herstellen.

Der Shareholder Value in der Wirtschaft hat einen Zwilling in der Politik: Den Neoliberalismus. Beide haben einen gemeinsamen Nenner: Gewinne für die Reichen, Verluste für das arbeitende Volk. Ebners Freund Blocher und seine Shareholder Value Partei waren die Vorreiter dieser Ideologie: Steuersenkungen für die Reichen und Liberalisierung all jener Gesetze, welche "den Markt in seinem freien Funktionieren" beeinträchtigen. Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung und Shareholder Value haben einiges dazu beigetragen, dass die Reichen reicher und die Armen zahlreicher geworden sind.

Ebners Visionen "arbeiteten" aber nicht nur mit dem Geld der Kleinaktionäre. Gelder von Pensionskassen wurden ebenfalls für die Aktienspekulationen eingesetzt. Die Milliarden Gewinne der 90er-Jahren gingen aber nur zum Teil an die Versicherten. Nun schrumpfen die Börsengewinne und der Bundesrat will den Zinssatz senken, um die Versicherungskonzerne auf Kosten der Versicherten zu sanieren. Rentenklau ist eine harmlose Bezeichnung für das, was hier vorgeht.

Mehr als die armen Kleinaktionäre, die Martin Ebner auf den Leim gekrochen sind, bedaure ich jene Tausenden von Menschen, die wegen der Shareholder Value-Politik der Gewinnmaximierung ihren Arbeitsplatz verloren haben und in ihrer Existenz bedroht worden sind. Mehr als Börsenverluste geben mir jene Milliarden zu denken, die als Folgekosten der Gewinnmaximierung und der Deregulierung von der Allgemeinheit bezahlt werden müssen für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Frühpensionierungen.

Leider haben wir keine Gesetze, die es erlauben würden, Börsenspekulanten, Manager und neoliberale Politikerinnen und Politiker für die von ihnen angerichtete volkswirtschaftlichen Schäden zur Verantwortung zu ziehen. Trotzdem, der Druck gegen Profitmaximierung und Liberalisierung muss verstärkt werden: Am 31. August organisieren die Gewerkschaften in Bern eine Grossdemonstration gegen den Rentenklau. Am 22. September stimmen wir über zwei Gesetze ab (Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, Öffnung des Elektrizitätsmarktes), bei denen wir die Gelegenheit haben, Nein zu weiteren Liberalisierungen zu Gunsten der Grossen zu sagen.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund, Baar

Die Nationalbank ist gefordert

Der Franken muss aus Gewerkschaftsicht im Verhältnis zum Euro schwächer werden

Für Gewerkschaftsökonom Serge Gaillard steht die konjunkturelle Entwicklung in der Schweiz auf Messers Schneide. Erglaubt aber an einen wirtschaftlichen Aufschwung, wenn Politik und Nationalbank mitspielen.

Eine gewisse Verunsicherung über den Gang der Schweizer Wirtschaft konstatierte Serge Gaillard, prominenter Volkswirtschaftler und Sekretär des Schweizer Gewerkschaftsbundes, am Mittwoch im Casino Zug an einem Anlass der Zuger Sektion des VPOD (Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste).

Steht der Schweiz die nächste Wirtschaftskrise ins Haus oder kommt demnächst der Aufschwung? Bei der Beantwortung stellte Gaillard eine verhalten optimistische Prognose. Zuversichtlich stimmt ihn, dass in den USA viele Konjunkturindikatoren positiv sind und auch in Europa Anzeichen zu einer Besserung sichtbar seien. Was von Bedeutung ist, weil das Wirtschaftswachstum in der Schweiz von der Weltwirtschaft mit angekurbelt wird.

Franken soll schwächer werden

Diese Anzeichen eines wirtschaftlichen Frühlings sieht Gaillard von der Politik der Europäischen Zentralbank bedroht, welche sich einseitig dem



Die Aussicht auf eine konjunkturelle Erholung in der Schweiz ist für Serge Gaillard zwar unsicher, doch er ist verhalten optimistisch.

FOTO DANIEL FRISCHHERZ

Gedanken der Preisstabilität geschrieben habe und sich mit ihrer Fiskalpolitik nicht um eine günstige Beschäftigungsentwicklung bemühe. Mögliches Ungemach ortet Gaillard ausserdem bei der hohen Verschuldung von vielen Unternehmen sowie bei der unsicheren Entwicklung des Erdölpreises.

Der Schweizer Wirtschaftspolitik stellt Gaillard insgesamt

ein gutes Zeugnis aus. Die öffentliche Hand habe mit ihren Investitionen zusammen mit den privaten Konsumausgaben die Konjunktur gestützt. Auch der Nationalbank – bisher ein Prügelknabe der Gewerkschaften – attestierte Gaillard eine verantwortungsvolle Politik, insbesondere was die Senkung der Leitzinsen betrifft. Bei ihrer Einflussnahme auf den Wechselkurs sei sie hingegen zu zögerlich gewesen. Immerhin hat für Gaillard die Nationalbank aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. «Während der Rezession 1991 bis 1996 hatte man alles falsch gemacht, was man falsch machen kann», sagte er. Die ersten drei Jahre sei das Zinsniveau sehr hoch geblieben und anschliessend habe man nichts gegen die Verteuerung

des Frankens unternommen. Gaillard wirft der Nationalbank vor durch ihre Geldpolitik diese Rezession unnötig verlängert zu haben.

Politik soll Wirtschaft ankurbeln

Damit der erhoffte Aufschwung auch eintritt, fordert Gaillard eine Abschwächung des Frankens gegenüber dem Euro, um die Exportindustrie nicht unnötig zu lähmen. Ausserdem müssten Unternehmen, die in der Bredouille stecken, weiterhin Kurzarbeit anmelden können; Entlassungen sollten vermieden werden. Gaillard rechnet ohnehin mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit im Herbst.

Eindringlich warnt der Gewerkschaftsökonom vor übertriebenen Sparrunden der Politik im Herbst. Denn die Konsumausgaben würden ohnehin zurückgehen, glaubt er, eine der beiden bisherigen Konjunkturstützen also wegfallen.

«Es gibt keine Vollbeschäftigung ohne Wirtschaftswachstum», erklärte Gaillard den Zuger VPOD-Leuten seine Postulate. Von einer guten Beschäftigungslage würden indes auch die Arbeitgeber profitieren, weil dann nämlich die Arbeitnehmer flexibler seien und sich vermehrt weiterbildeten. Der Anreiz auf eine Beförderung, Lohnerhöhung oder eine gute Stelle sei die eigentliche Motivation der Leute. «Arbeitnehmer in schlechten Zeiten zu mehr Flexibilität aufzurufen, ist verkehrt», sagte er. (MM)

Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und flankierende Massnahmen (Entsendegesetz)

Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug begrüsst die Gelegenheit zur Stellungnahme zum vorliegenden Gesetzesentwurf. Unsere Vernehmlassungsantwort erfolgt in Absprachen mit

den beiden Gewerkschaften GBI und SMUV, die auch zur Vernehmlassung eingeladen waren.

§ 1.1.: Wir sind mit der Anzahl von neun Mitgliedern einverstanden, was unsererseits erlaubt, alle drei Arbeitnehmerorganisationen zu berücksichtigen. Auf der Arbeitgeberseite haben wir allerdings bedenken, dass drei Sitze genügen, um alle stark betroffenen gewerblichen Branchen einzubeziehen.

§1.2.: Wir sind nicht damit einverstanden, dass das Präsidium die VertreterIn des Kantons übernimmt. Mit dem Sekretariat, das vom Amt für Wirtschaft und Arbeit geführt wird, ist die tripartite Kommission schon stark in die kantonale Verwaltung eingebunden. Die tripartite Kommission ist nicht ein staatliches Organ, sondern eine Kommission, die aus drei gleichberechtigten Partnern besteht. Darum ist es wichtig, dass sie nicht allzustark von einer Seite abhängig ist. Wir schlagen vor, dass das Präsidium von der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeber-Delegation übernommen wird, wobei die Präsidentschaft turnusgemäss (z.B. alle zwei Jahre) wechseln soll. Wir finden es auch nicht richtig, dass das Parlament via Gesetz bestimmt, wer das Präsidium übernimmt. Nach unserem Rechtsempfinden ist es immer noch so, dass das Präsidium im Kreise der drei gleichberechtigten Partner bestimmt werden sollte.

§1.3.: Das oben gesagte gilt auch für das Reglement, das von allen drei Beteiligten ausgearbeitet werden soll.

§2.1.: Wir sind damit einverstanden, dass das Einigungsamt in die Tripartite Kommission eingeführt wird.

§2.2.: Wir finden es richtig, dass ein Zusammenlegen der RAV-Kommission auf später verschoben wird. Sinnvoll ist es jedenfalls, dass eine Zusammenlegung oder eine Zusammenarbeit geprüft wird. In diesem Zusammenhang sollten auch die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsinspektorat und mit der arbeitsrechtlichen Schlichtungsstelle geprüft werden.

§3: Wir sind damit einverstanden, dass das Sekretariat beim AWA ist. Die Kommissionsmitglieder sollten allerdings für die Besetzung der für die Sekretariatsführung anzustellenden Person ein Mitspracherecht haben.

§4: Wir sind damit einverstanden, dass das AWA Kontroll- und Sanktionsbehörde ist.

§5: Einverstanden sind wir auch mit dem Einbezug von Fachleuten, wobei nicht auszuschliessen ist, dass einige dieser Fachleute Mitglieder der tripartiten Kommission sind.

§6: Explizit sollte noch erwähnt werden, dass die tripartite Kommission das Recht auf Einsicht in die Lohnbuchhaltung hat. Langjährige Erfahrungen in gewerblichen Branchen mit allgemeinverbindlichen GAV, die von Paritätischen Kommissionen überwacht werden, zeigen, dass dies das wirksamste Kontrollinstrument ist.

§7: Wir sind mit der Schweigepflicht einverstanden, die aber - wie im Gesetz vorgesehen - nicht einen Informationsaustausch zwischen den erwähnten Stellen ausschliessen darf. Sonst wäre die Kontrolltätigkeit erschwert. Vielleicht müsste noch explizit erwähnt werden, dass auch der Austausch mit den tripartiten Kommissionen des Bundes und der anderen Kantone möglich sein soll.

§8 :Die Arbeit der Mitglieder der tripartiten Kommission muss auch entschädigt werden. Wir finden es wichtig, dass die tripartite Kommission ein eigenes Budget hat.

In der Hoffnung Ihnen mit dieser Antwort gedient zu haben, grüsse ich Sie freundlich

Bruno Bollinger, GBZ-Präsident

15. September 2002

Business-Lunch

Vier Tage für den Beruf, drei für die Familie

Teilzeitarbeit in Führungspositionen ist Alltag für zwei Männer. Dies zeigte der zweite Business-Lunch der Gleichstellungskommission.

hhs. Beide arbeiten Teilzeit, beide in Führungspositionen. Das heisst 80 Prozent Erwerbsarbeit, was an Zeit verbleibt, gehört im Wesentlichen der Familie. Landschaftsarchitekt Manuel Peer ist Geschäftsleiter bei der Metron Landschaftsplanung AG in Brugg. Dreizehn Personen sind ihm unterstellt, die sich insgesamt 850 Stellenprozent teilen. Er hat zwei Kinder im Teenageralter, seine Frau ist zu 25 Prozent erwerbstätig. René Fasan arbeitet als Wirtschaftsinformatiker bei der V-Zug AG und ist dort der führende Kopf in einem Spezialistenteam von zwölf Mitarbeitenden. Auch er ist Vater von zwei Teenagern und teilt

sich die Familienarbeit mit seiner zu 50 Prozent erwerbstätigen Frau.

Die Kadermänner – sie seien noch seltener als Kaderfrauen in Teilzeit – äusserten sich gestern Mittag im Congress Center Metalli in Zug über Motivation sowie Vor- und Nachteile ihres Entscheids für Teilzeitarbeit. Eingeladen zum zweiten Business-Lunch hatte die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zug. Das Interesse für «Teilzeitarbeit in Führungspositionen» kommentierte Kommissionspräsidentin Ruth Frei: «Schon im Vorfeld des Anlasses erhielt ich E-Mails mit der Bitte nach einer Aufstellung über Unternehmen, die Teilzeitarbeit in Führungspositionen anbieten.»

Von Betriebsphilosophien

Fragen an die beiden Männer stellten sowohl Moderatorin Sybilla Schmid Bollinger als auch spontan und häufig die rund dreissig Anwesenden. Die bei-

den Kaderleute hatten sich bei ihrem Entscheid mit unterschiedlichen Betriebsphilosophien auseinander zu setzen. So ist bei Metron Teilzeitarbeit, egal in welcher Position, die Regel. «Unser Leitbild», sagte Manuel Peer, «schreibt Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor.» Das sei zwar ein Kostenfaktor für das Unternehmen, weil jeder sein eigenes Büro benötige. Hingegen nehme die Arbeitsmotivation bei mehr Freizeit zu.

Prioritäten neu gesetzt

René Fasan wiederum ist der Einzige, der in seinem Betrieb als Führungskraft Teilzeit arbeitet. Er werde immer noch regelmässig gefragt, ob er nicht 100 Prozent arbeiten wolle. Nach der Geburt der Kinder aber hätte er die Prioritäten gewechselt. Fasan: «Vor dem Beruf kommt heute die Familie.» Mit der Teilzeitarbeit, stellte er fest, sei allerdings auch die Karriere stehen geblieben. Hingegen hätte die Arbeitszeitreduktion auf

die Lohnentwicklung keinen Einfluss gehabt, weil die grossen Sprünge sowieso meist in jungen Jahren erfolgten.

Neben Fragen zu Akzeptanz der Teilzeitarbeit bei Familie und Mitarbeitern oder auch zu geschlechtsspezifischer Wahrnehmung, interessierte sich Sybilla Schmid, ob sie 80 Prozent angestellt seien, aber 100 Prozent arbeiten. Zu Beginn annähernd, antwortete René Fasan, bis er auch Verantwortung abgeben konnte. Heute habe sich das eingespielt.

Flexibilität wird erwartet

Flexibilität, erklärte auch Manuel Peer, sei bei Metron eine Voraussetzung. Beispielsweise bei Stress wegen eines Projektabschlusses. Zwar bleibe die Kinderbetreuung auch dann gewährleistet, es werde aber erwartet, dass termingebundene Mehrarbeit allenfalls abends erledigt werde. Kompensiert, sagte Peer, werde dann in auftragsarmen Zeiten.

Bericht aus der Zuger Presse vom 30. Juli 2002

Die Wut nach dem Kahlschlag

Die umbenannte Siemens Metering baut in Zug 130 bis 180 Arbeitsplätze ab

Sind im Kanton Zug Industriearbeiter bald nur noch im Museum zu sehen? Die Gewerkschaften sind besorgt.

Wie am Freitag bekannt wurde, verkauft der deutsche Konzern Siemens das Metering-Geschäft an den amerikanischen Firmenhändler Kohlberg Kravis Roberts (KKR). Siemens Metering hat am selben Tag angekündigt, rund die Hälfte der heute noch

360 Stellen in Zug abzubauen. Siemens Metering hat mit Preisdruck und Ertragsproblemen zu kämpfen. Die Produktion von Zählern wird fast vollständig verlagert. Dafür tritt die Metering-Gruppe mit weltweit 3800 Mitarbeitern neu unter dem früheren Namen Landis&Gyr auf.

Bei Arbeitnehmervertretern löst diese Aktion heftige Reaktionen aus. Die Gewerkschaft Smuv wirft Siemens vor, die Grundsatz der Zuger Traditionsfirma ausgehöhlt zu ha-

ben. Immerhin hätten 1998 bei der Übernahme der alten Landis&Gyr noch über 700 Leute in der Zuger Firma gearbeitet. Charles Steck von der christlichen Gewerkschaft Syna bemängelt: «Die neuen Eigentümer sind Financiers und keine Industriellen.» Der Verband Schweizerischer Angestelltenvereine der Maschinen- und Elektroindustrie (VSAM) bezweifelt, dass sich die neuen Eigentümer mit dem Standort Zug identifizieren könnten.

Die Syna fragt sich in einer Stellungnahme, ob «im Kanton Zug solide Arbeiter in der Industrie bald nur noch im Museum sind». Sie hege «grösste Besorgnis», weil in Zug immer mehr Industriearbeitsplätze verloren gehen. Charles Steck verlangt von der Politik die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben sowie der gewerblichen Struktur. Damit die Mischung zwischen Zuger Industrie, Gewerbe und Dienstleistungssektor erhalten bleibt. (MM) KOMMENTAR, SEITE 7

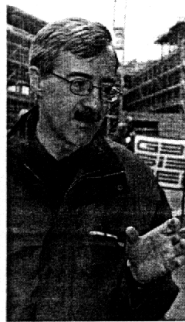
Scharfe Attacken gegen Baumeister Risi

Kieswerk blockiert – GBI-Zentralsekretär Vasco Pedrina protestiert gegen das Vorgehen des Baarer Baumeisters

Adrian Risi verzögere den Vertrag über die Frühpensionierung im Baugewerbe, sagen die Gewerkschafter und gehen mit gezielten Aktionen gegen sein Unternehmen vor.

«Wir haben unser Ziel erreicht: Heute konnte kein Kies aus dem Werk in Cham abgeführt werden», sagte der Präsident des Zuger Gewerkschaftsbundes Bruno Bollinger am Donnerstagnachmittag um vier Uhr. Rund hundert Gewerkschafter aus Zug und den umliegenden Kantonen hatten das Kieswerk den ganzen Tag blockiert.

Organisiert hatte die Aktion die Zentralschweizer Sektion der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI). Sie richtete sich gegen den Präsidenten des Zuger Baumeisterverbandes Adri-



GBI-Präsident Vasco Pedrina am Mittwoch in Zug. FOTO OF

an Risi, der das Werk in Cham betreibt. Diesem werfen die Gewerkschafter vor, innerhalb des Schweizerischen Baumeisterverbandes einen «Putsch» organisiert zu haben.

GBI-Zentralpräsident Vasco Pedrina erklärte am Mittwoch bei einer Protestaktion bei der Bahnhofbaustelle in Zug: «Risis Ziel ist es, den im März unterzeichneten und von den Baugewerkschaften GBI und Syna sowie dem Schweizerischen Baumeisterverband (SBV) ratifizierten Vertrag über die Frühpensionierung im Bauhauptgewerbe zu prellen.» Adrian Risi hält dem entgegen: «Ich bin eine absolute Nullnummer im SBV, einer von 150 Delegierten. Meine Stimme zählt somit 0,4 Prozent.»

Risi Verzögerungstaktik

Dennoch: Die Baumeister fordern derzeit Neuverhandlungen und hätten, so Pedrina, noch keinen Rappen in die für die Frühpensionierung vorgesehene Stiftung einbezahlt. «Gemäss Vertrag wären sie seit dem ersten Juli dazu verpflichtet. Mittlerweile schulden sie den Angestellten rund 30 Millionen Franken», so Pedrina. Die GBI hat Klage gegen den SBV eingereicht. Davon will Risi nichts wissen. «Wir starten mit den Zahlungen am 1. Juli 2003. Dann könnte der Vertrag für allgemeinverbindlich erklärt werden.»

Solange dies nicht geschehen sei, habe der Vertrag den Wert einer Absichtserklärung. Zudem liege die unterzeichnete Stiftungsurkunde noch nicht vor. «Das ist eine Verzögerungstak-



Am Donnerstag blockierten rund 100 Gewerkschafter das Kieswerk in Cham.

FOTO CHRISTOPH BORNER-KELLER

tik», sagt Pedrina. Die Forderung nach der Allgemeinverbindlicherklärung der Frühpensionierung sei zwar nötig, denn dadurch wäre sichergestellt, dass sich alle Unternehmen an der Regelung beteiligen müssten. Dafür wäre jedoch die Unterschrift aller beteiligten Partner nötig. «Der SBV hat aber seit dem Frühling verhindert, dass dies geschieht», sagte Pedrina.

Weiter verlangt der SBV neu eine Rentensenkung von bis zu 30 Prozent. «Das ist Ren-

tenklau», wettet Pedrina. Für Adrian Risi ist die Höhe der ausbezahlten Rente aber nicht festgelegt.

«Die Delegiertenversammlung hat den Vertrag im Frühling nur unter der Bedingung unterzeichnet, dass bestimmte Eckwerte noch ausgearbeitet werden. Dazu gehört neben der Allgemeinverbindlicherklärung auch die Höhe der Renten.» Deshalb bezeichnet Adrian Risi die Vorwürfe der Gewerkschafter als «haltlos».

Pedrina hingegen sieht die Glaubwürdigkeit der Sozialpartnerschaft in Frage gestellt. «Es gibt kein vergleichbares Beispiel eines Vertragsbruches in der Geschichte der Sozialpartnerschaft.»

Strafklage und Schadenersatz

Wenn sich die Gewerkschaften jetzt nicht wehren, sei das «Vertrauen in das Wort und in einen Vertrag» sowie in die Gültigkeit von Gesamtarbeitsverträgen nicht gemacht. Gegen die De-

monstranten hat Adrian Risi Strafanzeige wegen Nötigung und Hausfriedensbruch eingereicht. Ein rund 20-köpfiges Polizeiaufgebot war am Donnerstag in Cham vor Ort und hat sämtliche Namen notiert. «Durch die Blockade ist der Firma Schaden in der Höhe von mehreren hunderttausend Franken entstanden», sagt Risi. «Die GBI muss mit einem längeren Prozess und einer gesalzenen Schadenersatzforderung rechnen.»

BEAT CAMENZIND

Keine öffentlichen Aufträge für Baumeister Risi

Diesen Frühling haben die Arbeitgeber der Bauwirtschaft mit den Gewerkschaften einen Vertrag abgeschlossen, der den hart arbeitenden Bauarbeitern die schrittweise Einführung des flexiblen Rentenalters 60 ermöglicht. Jetzt, da es um die Umsetzung geht, wollen die Baumeister den Vertrag nicht erfüllen. Das heisst, die den ersten Jahrgängen auf den 1. Januar 2003 versprochene Frühpensionierung soll ihnen vorenthalten werden. Dies obwohl die Bauarbeiter dafür weitgehend auf Lohnerhöhungen in den nächsten 3 Jahren verzichtet haben. Einer der Hauptverantwortlichen für diesen Vertragsbruch der Baumeister ist Adrian Risi, Präsident des Zuger Baumeisterverbandes. Die Gewerkschaften werden diesen Beschiss nicht akzeptieren. Der Zuger Gewerkschaftsbund solidarisiert sich mit den Baugewerkschaften und verlangt, dass Adrian Risi ab sofort alle öffentlichen Aufträge entzogen werden. Es geht nicht an, dass Arbeitgeber, die vertrags- und rechtsbrüchig sind, noch mit Steuergeldern unterstützt werden.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund

Bauarbeiter

Protestaktion bei Bahnhofbaustelle

hhs. An die dreissig Frauen und Männer fanden sich gestern Mittag mit Transparenten zu einer Protestkundgebung bei der Bahnhofbaustelle Zug ein. Auf Flugblättern teilten sie mit: «Baumeister Risi will die Bauarbeiter um die Frühpensionierung prellen.» Vor Ort waren auch Bruno Bollinger, Präsident des Gewerkschaftsbundes Zug, und Vasco Pedrina, Zentralpräsident der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI). Letzterer verwies auf den «krassen Vertragsbruch» der Baumeister.

Die Vereinbarung zum Landesmantelvertrag 2005, der den Bauarbeitern eine Frühpensionierung ermöglicht, war Ende März von den Gewerkschaften GBI und Syna sowie vom Schweizerischen Baumeisterverband (SBV) unterzeichnet worden. An ihren Delegiertenversammlungen im Juni und Ende September hätten die Baumeister dann aber plötzlich nichts mehr von den unterzeichneten Verpflichtungen wissen wollen, erklärt der GBI-Zentralpräsident. Zahlreiche Punkte sollen nun neu verhandelt werden. Insbesondere habe Adrian Risi, Präsident des Baumeisterverbandes Zug, den Pedrina zu den Hardlinern unter den Baumeistern zählt, verkündet, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verändert hätten. Entsprechend müsse neu verhandelt werden.

Detailkenntnisse fehlen

Demgegenüber meint Adrian Risi, die Baumeister hätten prinzipiell immer Ja gesagt zum vorzeitigen Altersrücktritt. Die im Vertrag vorgesehenen Verbesserungen seien aber derzeit nicht finanzierbar. Zudem seien weitere Details ungeklärt. Das sei erst in den letzten Monaten deutlich geworden. Risi verweist unter anderem auf Probleme im Zusammenhang mit der beruflichen Vorsorge. Solange der Vertrag zudem nicht allgemein verbindlich sei, ergäben sich auch Wettbewerbsverzerrungen.

Cham

Blockade des GBI vor dem Kieswerk

MW. Vom frühen Morgen an blockierten gestern Dutzende von Aktivisten der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) mit rund zwanzig Fahrzeugen das Kieswerk der Baarer Firma Risi AG in Cham. Der Werkbetrieb wurde damit den ganzen Tag stillgelegt. Auch die Strasse von Mäschwanden nach Knonau war zeitweise blockiert.

Die Aktion der GBI in Cham richtete sich gegen den Chamer Unternehmer Adrian Risi, den sie als Hardliner in Sachen Frühpensionierung des Baupersonals bezeichnet. Risi, der laut Bollinger auf dem Aktionsplatz eintraf, reagierte mit einer Strafanzeige auf die Blockade und will zivilrechtliche Forderungen stellen, wie die Nachrichtenagentur SDA meldete.

Am Vormittag hatte Adrian Risi eine polizeiliche Räumung erwogen, zuletzt jedoch davon abgesehen. Allerdings nahm die Polizei die Personalien der beteiligten Blockierer auf, bevor sie gegen Mittag abrückte. Es kam zu keinen Zusammenstössen. «Wir haben unser Ziel erreicht. Kein Kiestransport kam per Lastwagen aus dem Werk heraus oder hinein», sagte Bruno Bollinger, Präsident des Gewerkschaftsbundes Zug, gegenüber unserer Zeitung. An weiteren Orten in der Schweiz kam es zu ähnlichen GBI-Aktionen.

Kommentar



Beat Camenzind, Redaktor «Zuger Presse»

Baumeister Risi gibt sich als Demokrat

Die Baubranche steckt in der Krise. Das ist nicht nur durch die barzige Auftragslage bedingt, sondern auch durch die Preispolitik der Unternehmen. Es sind immer noch zu viele Marktteilnehmer vorhanden, die sich gegenseitig unterbieten, um an Aufträge zu kommen. Zudem spielt der Staat im Preiskampf mit, indem er bei öffentlichen Aufträgen an den am billigsten Offerierenden vergibt.

In solch harten Zeiten passt sich der Umgang den Gepflogenheiten des Geschäftsgebarens an. Adrian Risi, Präsident des Zuger Baumeisterverbandes, wird von den Funktionären der Gewerkschaft Bau und Industrie als Hardliner, Putschist und Monopolist bezeichnet. Er setze die Sozialpartnerschaft seit Jahren bewusst aufs Spiel. Dahinter sehen die Gewerkschafter ausschliesslich ideologische Gründe: Die Arbeiter sollen gefälligst spüren und machen, was der Patron sagt. Schliesslich gebe es Risis Firma zu gut, um sich aus wirtschaftlichen Gründen derart zu verhalten.

Ob das wirklich alles haltlose Vorwürfe sind, wie Adrian Risi behauptet? Bereits Anfang Jahr hat er seinen Angestellten eine Lohnerböschung gewährt. So hält er seine eigenen Angestellten ruhig. Immerhin gesteht er öffentlich ein, dass er generell gegen die Frühpensionierung ist, aber sich der demokratischen Meinung des Baumeisterverbandes füge. Dass er aber ein unterzeichnetes Vertragswerk als Absichtserklärung bezeichnet und immer weitere Forderungen an dessen Erfüllung knüpft, lässt erahnen, was er von der Sozialpartnerschaft hält.

Friedlich Forderungen skandiert

Demonstranten kritisieren Haltung des Stadtpräsidenten

Lautstark und friedlich forderten am Samstag die Zeughaus-Besetzer und linke Gruppierungen eine sozialere Politik in der Stadt Zug.

«Wir sind gegen die Wohnpolitik dieser Stadt», skandierten rund 300 Demonstranten am Samstag in der Stadt Zug lautstark. Aufgerufen zur unbewilligten aber von der Polizei tolerierten Protestaktion hatten die Besetzer des Zeughauses, die IG Lachende Altbauten und der Verein Zuger Skater. Unterstützung erhielten sie vom Zuger Gewerkschaftsbund und der Sozialistisch Grünen Alternative. Letztere tat sich auch als Verfechterin für eine sozialere Wohnpolitik in der Stadt hervor. Der Demonstrationzug bewegte sich vom Landsgemeindeplatz zur Metalli, wo vor dem UBS-Sitz ein Modell eines Krans mit Abrissbirne dem Feuer übergeben wurde. Dies geschah unter den Augen von Landamman Hanspeter Uster, der nicht an der Demon-



Demonstranten am Samstag in Zug.

FOTO BRUNO ARNOLD

stration teilnahm, sich aber vor Ort ein Bild über die Lage machen wollte. «Ich hoffe, es bleibt so friedlich», kommentierte er das Treiben.

Skater von Polizei beschützt

Vor dem abgerissenen, ehemals besetzten Gebäude an der Gubelstrasse hielten die Demonstranten eine Mahnwache und zogen weiter vor das Siemens-Areal. Dort sprach der Gewerkschafter Bruno Bollinger seine Solidarität für die Anliegen der Besetzer aus. Vor dem Gefäng-

nis äusserte man sich für die Freilassung der politischen Gefangenen dieser Welt. Beim Epa-Platz forderten die Besetzer den Stadtpräsidenten Luchsinger auf, die Verhandlungen über eine Zwischennutzung des Zeughauses aufzunehmen. Die Polizei hielt sich im Hintergrund und sicherte den Verkehr. Sie hatte keinen Grund einzugreifen, die Demonstration verlief friedlich. Für einmal war es den Skatern gar erlaubt, im Schutze der Gesetzeshüter ihr Können unter Beweis zu stellen. (BC)

Die Rede von GBZ-Präsident Bruno Bollinger an der Jugend-Demo vom 12. Oktober 2002: Lieber "Haufen" junger "Chaoten"

Im Gegensatz zu denen, die Euch so nennen, habe ich aber "Haufen" und "Chaoten" in Anführungszeichen gesetzt. Nicht in Anführungszeichen nennen Euch so diejenigen, die zum **"Rudel neoliberaler Scharfmacher"** gehören, die meinen, die Schweiz bestehe aus Emmentaler, Fondue und Trachtenmeitli und noch nicht gemerkt haben, dass **im Namen des Profits** selbst Feldschlössli, Ovomaltine und Valser-Wasser **ins Ausland verkauft** worden sind.

"Haufen" ist ein negatives Wort und wird bewusst gebraucht, um etwas positives zu verunglimpfen, nämlich, dass ihr nicht einzeln daherkommt, sondern **gemeinsam als**

Kollektiv und so die Macht der Mehrzahl spielen lässt. Das haben die Mächtigen in Wirtschaft und Politik nicht gerne, wenn sie mit einem "Haufen" konfrontiert sind und nicht mit einzelnen Abhängigen, **mit denen sie machen können, was sie wollen.**

Auch die Gewerkschaften bauen auf diesem Prinzip auf und müssen aber immer wieder um Anerkennung ringen, denn die Arbeitgeber haben es lieber nur mit den Einzelnen zu tun, als mit dem **"Haufen" der gewerkschaftlich Organisierten.** Gerade vorgestern musste die Gewerkschaft Bau und Industrie GBI einem Zuger Arbeitgeber klarmachen, dass man die Gewerkschaften nicht übergehen kann. **Wahrscheinlich zum ersten Mal in seinem Leben musste der selbstsichere und machtbewusste Baumeister Adrian Risi erleben, dass nicht alles nach seiner Pfeife, respektive Handy, tanzt.** An dieser Stelle nochmals danke an diejenigen von Euch, die bei der Aktion mitgemacht haben.

Die Macht der Mehrzahl kommt aber nur zustande, wenn die **Direktbetroffenen sich für ihre Anliegen mobilisieren.** Darum ist es für uns so erfreulich, dass in Zug wieder eine Bewegung entstanden ist, die für die eigenen Anliegen auf die Strasse geht. Es ist einige Jahre her, dass ausser an der 1. Mai-Kundgebung, die eigentlich mehr ein Fest als eine Demo ist, nicht mehr **auf den Zuger Strassen demonstriert** wird. Und Gründe zum Demonstrieren gibt es mehr als genug. Die Arroganz der Machthaber, die rücksichtslos ihre Interessen durchsetzen, wird uns ja täglich vorgeführt.

Lieber "Haufen" junger "Chaoten".

Man ist nicht mal bereit, Euch **ein leerstehendes, halb verschimmeltes Zeughaus zur Verfügung zu stellen,** einfach darum, weil es nicht sein darf. Ja, man ist nicht mal bereit, mit Euch darüber zu reden. Aber Eure Aktion zeigt bereits Wirkung, denn offenbar finden inzwischen "inoffizielle" Gespräche statt. Denn bei allem Mobilisieren dürfen wir nicht vergessen, dass nicht die Aktionen das Ziel sind. **Um etwas zu erreichen muss man mit der Gegenseite verhandeln.** Aber eben, verhandeln lässt sich viel besser, wenn man die Verhandlungen mit dem Druck der Mobilisierungen begleitet.

"Chaoten" nennt man Euch. Damit wollen sie Euch unterstellen, dass **eine Jugendbewegung automatisch mit Gewalt und Sachbeschädigung zu tun hat.** Leute mobilisieren, Aktionen, Demos und Streiks organisieren, mit der nötigen Härte zuschlagen, wie die GBI dies am Donnerstag bei Risi gemacht hat, das kann man alles ohne Sachbeschädigungen und Gewalt tun. **Denn mit "Scheiben-Einschlagen" macht man zwar Schlagzeilen in den Medien, erreicht man aber meistens das Gegenteil von dem, was man will.** Diejenigen aber, die mit dem Mahnfinger auf Euch zeigen, sollen doch zur Kenntnis nehmen, dass die **einzigsten Scheiben, die bisher in Zug eingeschlagen worden sind, jene an der Gubelstrasse waren, als Risi das Haus abgebrochen hat.**

Lieber "Haufen" junger "Chaoten".

Was ihr da erlebt, ist der beste **Staatskundeunterricht,** den ihr haben könnt. Lernt daraus und vergisst es nicht so schnell.

Und wir wünschen Euch, dass ihr **möglichst lange im Zeughaus bleiben könnt,** dies aber mit Strom und Wasser, denn jetzt ist es verdammt kalt dort!

Demonstration in der Stadt Zug

«Häuser denen, die sie nutzen»



Friedlich, aber dennoch entschlossen, auf die Wohnungsnot aufmerksam zu machen, marschierten die rund dreihundert Demonstranten durch Zug.
BILD WERNER SCHELBERT

«Wer kann sich Zug noch leisten?» Diese Frage war mit ein Grund für eine friedliche Demonstration am letzten Samstag.

VON MAARIT STRÖBELE

Die Revolutionäre Jugend Zug, eine autonome Jugendorganisation, die an der Besetzung des Zeughausareals beteiligt ist, rief am Samstag zum Protest gegen die schwierige Lage auf dem Zuger Wohnungsmarkt auf. Tatsächlich herrscht momentan ein sehr geringer Bestand an leeren Wohnungen, und viele Neubauwohnungen im Kanton Zug sind sehr teuer. Auf dem Bundesplatz trafen sich die Demonstranten, wärmten sich die Hände an heissen Maroni und warteten, bis noch mehr Mitmachende erschienen. Einzelne jonglierten oder trommelten auf grossen, rollenden Ölfässern. Masken mit dem Porträt des Stadtpräsidenten Christoph Luchsinger,

Lied- und Parolentexte sowie die zusammengefassten Forderungen der Organisatoren wurden verteilt.

Friedlicher Marsch

Um etwa halb drei war es so weit: Die Demo konnte beginnen. Zum Teil vernimmt man sich die Demonstranten Parolen rufend auf den Weg zum Landsgemeindeplatz. Aus einzelnen Hausfenstern kam unterstützender Applaus, als die etwa 300 hauptsächlich jugendlichen Manifestanten vorbeizogen. Friedlich zogen sie durch die Stadt, es kam nicht zu den befürchteten Ausschreitungen.

Die Forderungen der Demonstranten reichten von «billigerem Wohnraum» bis «Zeughaus für alle». Die jetzigen Besetzer des Zeughausareals bekräftigten an einer Rede auf dem Landsgemeindeplatz ihre Forderung, auf dem Gelände bis zu einem Weiterverkauf in den bestehenden Gebäuden ein autonomes Jugendzentrum zu erlauben.

Mit Pinsel und Kleister wurden Plakate auf Skulpturen und Gebäuden ange-

bracht. Auch Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialistisch-Grünen Alternativen Zug marschierten mit. «Man muss die Jugend unterstützen», so Hansruedi Meier, Zuger Sektionsvorstand der Gewerkschaft Smuv. «Wohnungsbau ist wichtig, ein normaler Arbeiter kann es sich fast nicht mehr leisten, in der Agglomeration Zug zu wohnen.»

Kritik an Stadtpräsident

Ein vernünftiger Redner bemängelte die Haltung des Stadtpräsidenten Luchsinger in der Zeughausfrage, er habe nicht an einem Gespräch über die Zukunft des Zeughausareals teilnehmen wollen. Weiter wurde das Vorgehen der Stadt beim Abbruch der besetzten Liegenschaft an der Gubelstrasse 12 kritisiert.

Der Demonstrationszug zog abschliessend vom Landsgemeindeplatz durch die Neugasse und die Bahnhofstrasse zum Strassenübergang vor dem Neustadtcenter. Dort wurde ein Holzschild mit der Aufschrift «Kapitalismus» verbrannt, und über ein Megafon wur-

den die Forderungen wiederholt. Weiter ging es vor das Metallicenter, wo ein Modell eines fahrbaren Baukrans mit Abbrissbirne verbrannt und gesprengt wurde.

Zu wenig für die Jugend

Skater stürmten das Einkaufszentrum und zeigten vor verdutzten Passanten ihre Sprünge: Die Stadt habe es versäumt, einen Skatepark einzurichten, war auf einem Transparent zu lesen. Ein Redner sagte, es werde in Zug zu viel für die Firmen und zu wenig für die Jugend getan. Die Demonstranten hielten noch eine kurze Mahnwache vor dem Parkplatz, der an Stelle des alten Hauses an der Gubelstrasse 12 entstanden ist, dann löste sich die Demonstration langsam auf. An dieser nahmen jedoch nur wenige Personen teil, die wirklich von den zu hohen Wohnungspreisen betroffen sind, wie Migrantenfamilien, Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Polizei hielt sich während der Demonstration im Hintergrund und regelte den Verkehr durch die Stadt, der teilweise blockiert war.

Folgende Stellungnahme ist in der Neuen Zuger Zeitung vom 1. Oktober 2002 erschienen

Widerstand gegen Liberalisierung und Arbeitgeberwillkür

Am letzten Abstimmungswochenende haben die Stimmenden klar Nein zu weiteren Liberalisierungen gesagt, weil sie erkannt haben, dass diese nur zum Vorteil der Grossen dienen und auf Kosten der Kleinen gehen. Dennoch, die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten soll nun vollständig realisiert werden, fordert der Präsident der Zuger SVP. Damit zeigen die Exponenten dieser Partei wieder einmal, dass sie Volksentscheide nur

dann respektieren, wenn sie ihnen in den Kram passen und dass sie sich einen Deut um die Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals kümmern.

Am gleichen Wochenende musste die Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI) auf die Strasse gehen, weil der Baumeisterverband die vertraglich abgemachte und unterschriebene Frühpensionierung für Bauarbeiter nicht umsetzen will. Die vertragsbrüchigen Baumeister werden von SVP-Scharfmachern, allen voran dem Präsidenten des Zuger

Baumeisterverbandes, Adrian Risi, angeführt.

Vor zwanzig Jahren hat das Stimmvolk die Stadt Zug beauftragt, preisgünstige Wohnungen zu bauen. Das Gegenteil ist passiert. In der Stadt Zug finden Normalverdienende kaum mehr eine bezahlbare Wohnung. Nun ist den Jugendlichen der Kragen geplatzt und sie besetzen leerstehende Gebäude. Und es sind wieder SVP-Spitzenkandidaten, welche diese Jugendlichen als einen "Haufen junger Chaoten" bezeichnen und die sofortige Wiederherstellung von "Ruhe und Ordnung" verlangen.

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht - diese alte 68er Parole ist heute aktueller denn je! Denn die Liste mit Beispielen, wie die wirtschaftliche und die politische Entwicklung immer mehr auf Kosten des arbeitenden Volkes geht, wird täglich länger. Es ist unerhört, wie gewisse Arbeitgeber, Manager und Aktienspekulanten schamlos ihre Interessen durchsetzen. Es ist bedenklich, wie sie dabei noch von jenen neoliberalen Politikern unterstützt werden, die alles liberalisieren und privatisieren wollen. Und es ist bezeichnend, dass dann im nachhinein niemand die Verantwortung für den angerichteten volkswirtschaftlichen Schaden übernehmen will.

In diesen Auseinandersetzungen darf aber nicht vergessen werden, dass es auch Arbeitgeber gibt, die ihre sozialen Pflichten wahrnehmen. Gerade in der Baubranche wären viele Firmen froh, ältere Mitarbeiter früher pensionieren zu können. Behindert werden sie nun aber von jenen skrupellosen Baumeistern, die den Gewerkschaften zeigen wollen, wer der Herr im Hause ist. Das sind meistens die gleichen, die sich nicht scheuen, ältere Bauarbeiter auf die Strasse zu stellen. Wichtig ist es, dass an der Urne klar gegen die Scharfmacher in Wirtschaft und Politik gestimmt und gewählt wird. Aber um das Recht der Schwächeren durchzusetzen ist es nach wie vor nötig, auf die Strasse zu gehen. Die Bauarbeiter und ihre Gewerkschaften werden das in den nächsten Wochen tun.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund

Ja zum Swiss-Beitrag des Kantons Zug

Der GBZ findet es richtig, dass der Staat in Notlagen finanziell einspringt und so grosse Unternehmen vor dem Untergang rettet. Wichtig dabei ist, dass die Arbeitsplätze erhalten und die soziale Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen garantiert werden. Es wäre unverständlich, wenn der reichste Kanton der Schweiz hier abseits stehen würde.

Dieser Swiss-Beitrag heisst für den GBZ noch lange nicht, dass die für den Swissair-Debakel verantwortlichen Kreise verschont werden. Nein zu einer finanziellen Beteiligung des Staates an die Swiss zu sagen würde allerdings die Falschen, die Arbeitenden, treffen.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund